

# Interpellation Monika Mathers-Schregenberger betreffend Schliessung des Jünglingsheims (Pension Bahnhof)

Antwort des Stadtrates vom 22. Februar 2005

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 20. Januar 2005 hat Monika Mathers-Schregenberger namens der Alternativen Fraktion, der CSP und der SP die Interpellation „Schliessung des Jünglingsheims (Pension Bahnhof)“ eingereicht. Wortlaut und Begründung des Vorstosses sind aus dem vollständigen Interpellationstext im Anhang ersichtlich.

Die Interpellation beantworten wir wie folgt:

## Frage 1

Wie viele Fürsorgeempfänger lebten in den letzten Jahren durchschnittlich im Jünglingsheim und wie viele sind es heute? Gibt es auch Langzeitpensionäre?

### Antwort

Seit 1997 (frühere Zahlen sind nicht bekannt) lebten im Jünglingsheim insgesamt 36 Fürsorgeempfänger, wovon sieben heute noch dort wohnen. Die durchschnittliche Belegung schwankt im Bereich von ca. fünf bis ca. zehn Personen, davon sind rund ein Drittel Langzeitpensionäre (länger als zwei Jahre).

## Frage 2

Ist der Stadtrat bereit, die soziale Aufgabe zu übernehmen (sehr günstige Wohnmöglichkeit mit minimaler Betreuung und Sozialkontrolle), die bis jetzt die kirchliche Stiftung Jünglingsheim erfüllte?

### Antwort

Der Stadtrat ist im Rahmen des gesetzlichen Auftrags dazu bereit und hat seine Bereitschaft verschiedentlich bekundet. Es wird auf die Motion der Fraktion SGA/Parteilose vom 17. April 2000 betreffend Schaffung von Sozial- und Notwohnungen in der Stadt Zug verwiesen, die gestützt auf den Bericht einer Arbeitsgruppe erheblich erklärt wurde (Vorlage Nr. 1599). Ebenso hat der Stadtrat die Motion der Gemeinde-

räte Cornelia Stocker, Alice Landtwing und Martin Spillmann vom 15. November 2002 betreffend „Ein Haus für junge Menschen in Ausbildung“ erheblich erklären lassen.

Gleichzeitig muss darauf hingewiesen werden, dass der Wohnungsmarkt in der Stadt Zug nach wie vor sehr angespannt ist und dass kurzfristige Lösungen schwierig zu realisieren sind. Bestandteil der längerfristigen Planung ist das frei werdende Altersheim „Waldheim“.

### **Frage 3**

Dem Vernehmen nach stellt ein Heim in Luzern 10 Plätze für ehemalige Bewohner der Pension Bahnhof bereit. Weiss der Stadtrat davon und wie stellt er sich zur Frage, dass die immer noch sehr reiche Stadt Zug ihre sozialen Probleme exportiert?

#### **Antwort**

Beim genannten Heim handelt es sich um die Pension „Volta“, ein Männerheim in der Stadt Luzern. Diese Pension bietet Plätze für Männer an. Wenn aber jemand dort ein Zimmer bezieht, dann begründet er in Luzern einen neuen Wohnsitz, wodurch die Zuständigkeit der Stadt Zug entfällt. Der Stadtrat strebt solche Entwicklungen nicht an, ebenso wenig weist die Stadt Zug jemand dort ein oder erteilt Kostengut-sprache.

Die Stadt Zug exportiert ihre sozialen Probleme nicht. Tatsache ist aber, dass für Haushalte mit niedrigem Einkommen nur ein sehr beschränktes Wohnungsangebot besteht. Dadurch verändert sich die Bevölkerungsstruktur. Vermehrt wohnen in der Stadt Zug Personen mit hohem Einkommen; für Personen mit niedrigem Einkommen ist es schwierig eine Wohnung zu finden. Dies führt dazu, dass die Sozialhilfedichte in der Stadt kleiner ist als in vergleichbaren Städten (siehe Antwort zu Frage 4).

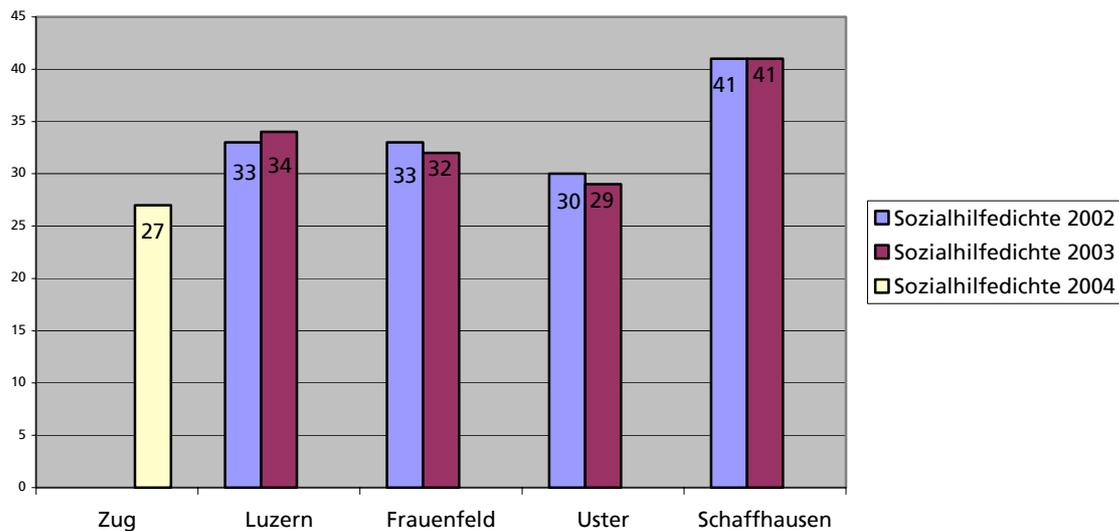
### **Frage 4**

Wieviel Sozialhilfeempfänger pro hundert Einwohner leben in Zug im Verhältnis zu andern Schweizer Städten ähnlicher Grösse?

#### **Antwort**

Die Stadt Zug hat im Jahr 2004 erstmals eine Erhebung zur Sozialhilfedichte durchgeführt. Zahlen von Vergleichsstädten sind erst bis ins Jahr 2003 vorhanden. Verglichen wird die Anzahl der Sozialhilfebeziehenden auf 1'000 Einwohner. Die Vergleichszahlen lauten wie folgt:

## Sozialhilfedichte 2002 bis 2004 - kumulierte Personen im Jahr (Summe aller Sozialhilfebeziehenden auf 1'000 Einwohner)



### Frage 5

Wenn wir bedenken, dass laut statistischem Jahrbuch der Schweiz das durchschnittliche Bruttoeinkommen in der Zentralschweiz CHF 5'300.-- beträgt, wird sofort klar, dass in unserer Stadt viele Leute leben, für die auch die heute im Bau stehenden „günstigen“ Wohnungen unerschwinglich sind. Was will der Stadtrat in Zukunft für Personen tun, die aufgrund ihrer finanziellen Situation auf sehr günstigen Wohnraum angewiesen sind?

### Antwort

Die schon besprochene schwierige Situation des Wohnungsmarktes in der Stadt Zug ist nur bedingt beeinflussbar. Als sinnvollstes Mittel für die Förderungen von günstigem Wohnraum erachtet der Stadtrat die Unterstützung von Wohnbaugenossenschaften, indem diesen stadteigenes Land zu günstigen Konditionen im Baurecht überlassen wird. Als Beispiele seien erwähnt die Projekte Roostmatt und Lorzenstrasse der Allgemeinen Wohnbaugenossenschaft Zug (AWZ) oder das Projekt Baarerstrasse 130 - 142 der Wohnbaugenossenschaft Zug (WGZ). Der Stadtrat wird diese Politik weiterverfolgen. Dabei geht es auch darum, Wohnungen zu erstellen, für den Beiträge nach dem Wohnbauförderungsgesetz (WFG) möglich sind.

Nach wie vor gelten die Grundsätze, die der Stadtrat in seiner Vorlage betreffend Wohnbaupolitik in der Stadt Zug vom 15. Mai 2001 (Vorlage Nr. 1600) festgelegt hat. Es kann ergänzt werden, dass nun Wohnbauprojekte in Bearbeitung sind, mit denen mittelfristig die restlichen der 400 geforderten städtischen Wohnungen realisiert werden können.

### **Frage 6**

Ist der Stadtrat bereit, dem GGR dazu eine konkrete Vorlage zu unterbreiten?

### **Antwort**

Die Wohnbaupolitik des Stadtrates berücksichtigt explizit die Bedürfnisse von Personen mit geringeren Einkommen. Zudem hat der Stadtrat am 18. November 2004 eine permanente Arbeitsgruppe eingesetzt, die insbesondere die Nutzung der städtischen Immobilien zu bearbeiten hat. Diese Arbeitsgruppe richtet sich bei ihrer Tätigkeit nach der Wohnbaupolitik des Stadtrates, dazu gehört auch das Erschliessen von Wohnraum mit günstigen Mieten. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Anliegen der Interpellantin in geeigneter Form bereits integriert sind, so dass auf eine separate Vorlage verzichtet werden kann.

### **Antrag**

Wir beantragen Ihnen,

- auf die Vorlage einzutreten,
- von der Antwort des Stadtrates zur Interpellation von Monika Mathers-Schregenberger, namens der Alternativen Fraktion, der CSP und der SP, vom 20. Januar 2005 betreffend Schliessung des Jünglingsheims (Pension Bahnhof) Kenntnis zu nehmen und
- die Interpellation als erledigt von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

Zug, 22. Februar 2005

Christoph Luchsinger, Stadtpräsident

Arthur Cantieni, Stadtschreiber

### **Beilage:**

- Interpellation der Alternativen-Fraktion vom 20. Januar 2005 betreffend Schliessung des Jünglingsheims (Pension Bahnhof)

Die Vorlage wurde vom Departement Soziales, Umwelt und Sicherheit verfasst. Für Auskünfte steht Ihnen Departementssekretär Pietro Ugolini unter Tel. 041 728 22 01 zur Verfügung.